



Budget 2026 Finanzplan 2026–2029

Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission
vom 29. Oktober 2025

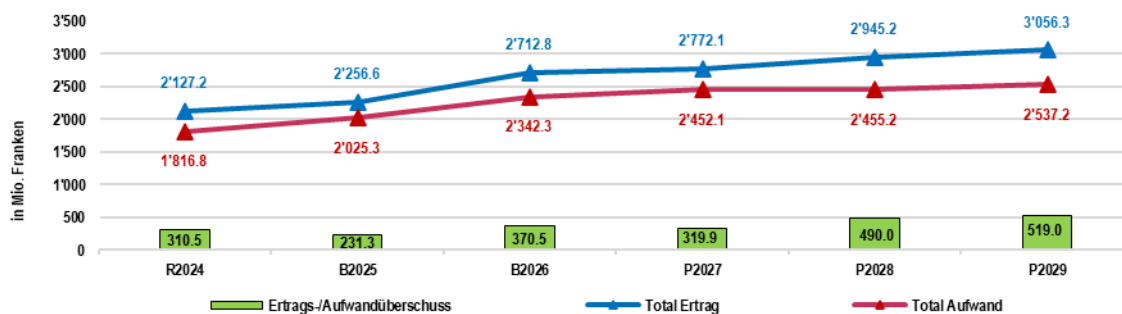
Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die erweiterte Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat das Budget und den Finanzplan am 25. September 2025 (Vormittag) und am 29. Oktober 2025 (ganzer Tag) beraten. Neben Finanzdirektor Heinz Tännler nahmen Roger Wermuth, Leiter Finanzverwaltung, und Reto Ruprecht, Leiter Finanzkontrolle, an der Sitzung teil. Das Protokoll führte Peter Berchtold, Stawiko-Sekretär. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

	Seite
1. Übersicht	1
2. Eintreten	3
3. Themen, welche die Gesamtverwaltung betreffen	4
4. Detailberatung: Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Ämtern	5
5. Öffentlich-rechtliche Anstalten	12
6. Finanzstatus	13
7. Jahresberichte 2024 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen ...	14
8. Schlussabstimmung	14
9. Anträge	14

1. Übersicht

1.1 Ergebnisse der Erfolgsrechnung (in Millionen Franken)



Für das Jahr 2026 wird ein Ertragsüberschuss von 370,5 Millionen Franken budgetiert. Die Ertragsüberschüsse in den Planjahren entwickeln sich wie folgt:

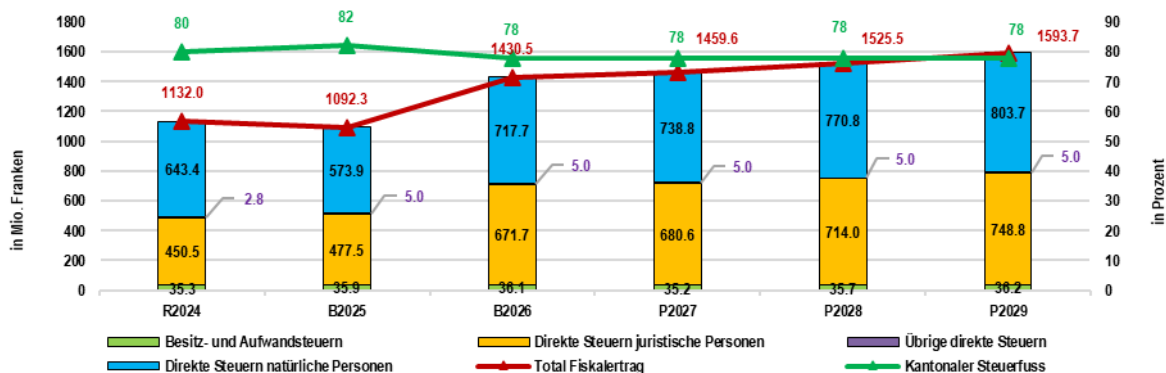
- 2027: 319,9 Millionen Franken;
- 2028: 490,0 Millionen Franken;
- 2029: 519,0 Millionen Franken.

Die Stawiko nimmt von dieser positiven Entwicklung erfreut Kenntnis und stellt fest, dass der Kanton Zug über eine sehr solide Finanzlage verfügt. Sie dankt dem Regierungsrat und der Verwaltung für die Arbeit, welche zu dieser Entwicklung beiträgt.

In den Ausführungen zu diesem Abschnitt und der obigen Grafik ist der Regierungsratsbeschluss über die Ausrichtung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal für das Jahr 2026 vom 21. Oktober 2025 nicht enthalten (siehe hinten Ziffer 3.5). Die Entlastung durch die tiefere Teuerung beträgt gesamthaft 14'900 Franken (tiefere Teuerungszulage, tiefere Normpauschalen an Gemeinden und Privatschulen, tiefere Pauschalen zur Finanzierung der schulergänzenden Betreuungsangebote sowie tieferer Kantonsbeitrag an die Pädagogische Hochschule Zug).

Im Vergleich zum Vorjahresbudget ist beim Ertrag eine Steigerung von 456,1 Millionen Franken festzustellen. Der Regierungsrat begründet dies insbesondere mit Mehrerträgen beim Fiskalertrag und erstmaligen Einnahmen aus der Ergänzungssteuer (+ 338,2 Millionen Franken) und beim Transferertrag (+ 143 Millionen Franken).

Der Fiskalertrag wird mit 1'430,5 Millionen Franken budgetiert:



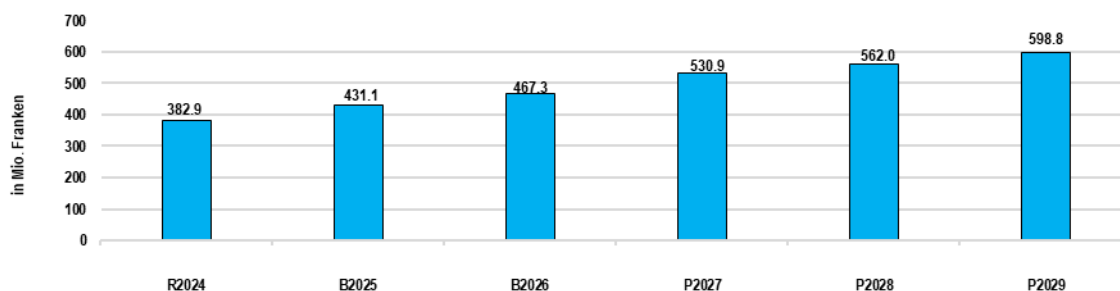
Insgesamt werden Mehrerträge bei den natürlichen Personen von 143,8 Millionen Franken erwartet. Dabei sind das Bevölkerungswachstum und steuerstarke Zuzüge aus dem In- und Ausland eingerechnet. Aus der 9. Teilrevision des Steuergesetzes («Mehrwert für alle») wirkt die Steuerfussreduktion auf 78 Prozent mit insgesamt 25,2 Millionen Franken Mindererträgen.

Gesamthaft werden Mehrerträge bei den juristischen Personen von 194,2 Millionen Franken erwartet. Es zeichnet sich ab, dass die Erträge bei den juristischen Personen im laufenden Jahr höher ausfallen werden als in der Rechnung 2024. Ein Ertragsanstieg von rund 150 Millionen Franken entsteht, da die Übergangsbestimmungen zum Statuswechsel aus der Steuer- und AHV-Reform (STAF) letztmals im Geschäftsjahr 2024 der betroffenen Unternehmen zur Anwendung kamen (Abschreibung der aufgedeckten stillen Reserven, Step-Up), was zu jährlich wiederkehrenden steuerlichen Mehrerträgen erstmals ab 2026 führt. Zusätzlich wird von einem generellen Anstieg der Erträge von 5 Prozent infolge allgemeinem Gewinnwachstum und weiter steigenden Unternehmenszahlen ausgegangen.

Die Massnahmen der 9. Teilrevision des Steuergesetzes («Mehrwert für alle») mit der Erhöhung des Versicherungsabzuges und dem Ausbau der Rentnerinnen- und Rentnerabzüge wirken ab den Planjahren 2027–2029 mit Mindererträgen von insgesamt 41,4 Millionen Franken p.a. bei den natürlichen Personen. Bei den juristischen Personen resultieren zeitverzögert erstmals ab 2027 steuerliche Mindereinnahmen von 24 Millionen Franken p.a.

Der Aufwand steigt im Vergleich zum Vorjahresbudget um 317 Millionen Franken an. Die Zunahme ist insbesondere auf den Transferaufwand (+ 301,9 Millionen Franken) und auf den Personalaufwand (+ 17,5 Millionen Franken) zurückzuführen.

Mit 467,3 Millionen Franken bildet der Beitrag des Kantons Zug an den Nationalen Finanzausgleich (NFA) eine gewichtige Aufwandposition im Budget 2026:



Eine Einschätzung über die Auswirkungen der Ergebnisse auf den NFA in den folgenden Jahren ist sehr schwierig, weil die Berechnungen nicht einzig vom absoluten Ergebnis des Kantons Zug abhängen, sondern auch von der relativen Entwicklung im Vergleich mit den anderen Kantonen. Die Finanzdirektion stützt sich für die Finanzplanjahre auf die jeweiligen Schätzungen von BAK Basel ab. Für die Finanzplanjahre wird ein Anstieg bis auf 598,8 Millionen Franken im Jahr 2029 erwartet.

1.2 Investitionen und Finanzierungsprognose

Auf den Seiten 23 bis 26 seines Berichts weist der Regierungsrat im Rahmen seiner Finanzierungsprognose auf die bis ins Jahr 2033 anstehenden Investitionsprojekte hin, wobei lediglich diejenigen Projekte namentlich erwähnt sind, die Ausgaben von über fünf Millionen Franken zur Folge haben. Total sind Investitionen von rund 1,7 Milliarden Franken geplant, welche aus heutiger Sicht ohne Aufnahme von Fremdmitteln finanziert werden können.

2. Eintreten

Da der Kantonsrat gemäss § 41 Abs. 1 Bst. h der Kantonsverfassung (BGS 111.1) das Budget zu beschliessen hat, ist in der Stawiko das Eintreten auf die Vorlage unbestritten.

Gemäss § 18 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1) übt die Stawiko die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus. Bezüglich der Gerichte, der Ombudsstelle und der Datenschutzstelle übt sie die Oberaufsicht in den finanziellen Belangen aus. Die Stawiko hat sich einen vertieften Einblick bezüglich Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Plausibilität zu verschaffen. Die Einflussmöglichkeiten des Kantonsrats und die dadurch ausgelösten Abläufe sind in einer Matrix dargestellt, die diesem Bericht beiliegt (siehe Beilage 4).

Für die Vorbereitung der Beratung von Budget und Finanzplan standen den Stawiko-Delegationen detaillierte Budgetzahlen zur Verfügung. Im Vorfeld der Visitationen haben die Delegationen den Direktionen, der Staatskanzlei und den Gerichten Fragen gestellt, die schriftlich beantwortet worden sind. Die schriftlichen Auskünfte wurden anlässlich der Visitationen mit den Direktionsvorstehenden und zum Teil auch mit den Amtsleitenden besprochen. Wir bedanken uns für die erhaltenen Auskünfte und Informationen. Alle Stawiko-Delegationen haben für ihre Bereiche Berichte verfasst, die bei der Beratung vorlagen. Die Direktionsvorstehenden wurden vor der Beratung über den Inhalt der sie betreffenden Berichte informiert.

3. Themen, welche die Gesamtverwaltung betreffen

Bei der Beratung in der Stawiko haben sich unter anderem folgende Themen herauskristallisiert, welche die gesamte Verwaltung betreffen. Weitere Punkte sind bei den einzelnen Direktionen oder in der Stawiko-internen Pendenzenliste erwähnt.

3.1 Angleichung der Anstellungsbedingungen bei Hilfskräften

Mit der Stellungnahme vom 22. März 2025 zu den Aufforderungen der Stawiko zum Budget 2025 (Vorlage 3797.2 - 17932) bestätigte der Regierungsrat, dass die Angleichung der Anstellungsbedingungen innert nützlicher Frist vorgenommen wird. Es stellt sich die Frage, wie der Stand der Umsetzung ist.

Der Finanzdirektor führt dazu aus, dass die Angleichung in Bearbeitung sei und auf 1. Januar 2026 in Kraft gesetzt werden solle. Abweichende Regelungen bestünden hauptsächlich in den Bereichen Ferien und Lohnfortzahlung.

3.2 Listen «Stellenbegehren» und «Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden»

Die Stawiko forderte den Regierungsrat im Stawiko-Bericht zum Budget 2025 vom 30. Oktober 2024 (Vorlage 3797.2 - 17932) auf, Umwandlungen von Hilfskräften nicht als «erfolgsneutral» zu bezeichnen. Trotzdem werden diese Umwandlungen in der Liste «Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden» immer noch unter der Spalte «erfolgsneutrale Stellen» gezeigt. Zudem enthalten die beiden Listen nicht dieselben Informationen.

- ➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Listen «Stellenbegehren» und «Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden» in eine Liste zusammenzuführen und die Umwandlung von Stellen separat auszuweisen und nicht als erfolgsneutral zu bezeichnen.

3.3 Leistungsvereinbarungen

Die Delegationen stellten fest, dass sich verschiedene Leistungsvereinbarungen – insbesondere Leistungsvereinbarungen mit automatischer Verlängerung – nicht mehr auf die aktuellen gesetzlichen Grundlagen beziehen.

- ➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, die aktuell laufenden Leistungsvereinbarungen bei der Verlängerung beziehungsweise bis spätestens 2027 vor dem Hintergrund der aktuellen gesetzlichen Vorgaben zu überprüfen. Allfällig festgestellter Änderungsbedarf ist aufgrund einer Risikoerschätzung spätestens im Kontext der Erneuerung und/oder Verlängerung der jeweiligen Leistungsvereinbarung aufzunehmen und mit dem Leistungserbringer zu vereinbaren.

3.4 Finanzplanung

In der historischen Betrachtung lässt sich feststellen, dass die Abweichungen des Budgets bzw. der Jahresrechnung zur Finanzplanung teilweise erheblich waren. Insbesondere bei der Entwicklung der neuen Stellen könnten aus Sicht der Stawiko die Prognosen verbessert werden. Da es sich um ein Produkt handelt, dass der Kantonsrat zur Kenntnis nimmt, wird inskünftig eine Steigerung der Planungsqualität erwartet.

- ➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die Qualität im Finanzplan – insbesondere bei der Entwicklung der neuen Stellen – weiter erhöht wird.

3.5 Teuerungszulage für das Jahr 2026

Die Berechnungen zum Teuerungsausgleich stützen sich auf den Landesindex der Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100 Punkte), welcher per Ende September 2025 einen Wert von 105,5 Punkten ausweist. Die aktuellen Löhne basieren auf dem Indexstand von September 2024 beziehungsweise 105,2 Punkten, weshalb bei vollem Ausgleich eine Teuerungszulage von 0,29% gegenüber den Vorjahreslöhnen zu gewähren wäre. Im vom Regierungsrat beantragten Budget 2026 wurde von einer Teuerung von 0,3% ausgegangen.

Der Regierungsrat beantragt zuhanden der Stawiko, die effektive Teuerung von 0,29% zu übernehmen und die Reduktion im Budget 2026, um gesamthaft 14'900 Franken dem Kantonsrat zu beantragen.

Die Teuerungszulage wird gewährt auf:

- die Jahresgehälter der Mitglieder des Regierungsrates gemäss § 5 Abs. 1 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats vom 1. Februar 1990
- die im Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz; PG) vom 1. September 1994 enthaltenen Jahreslöhne des Staatspersonals (§ 44), der Richterinnen und Richter, der Landschreiberin oder des Landschreibers, der oder des Datenschutzbeauftragten sowie der Ombudsperson (alle § 45)
- die Ansätze für Entschädigungen gemäss §§ 4 bis 8 des Gesetzes über die Entschädigung der nebenamtlichen Behördenmitglieder (Nebenamtsgesetz) vom 27. Januar 1994
- die Pauschalen gemäss § 3 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz) vom 21. Oktober 1976 sowie § 1 und § 3 Abs. 1 der Verordnung betreffend Pauschalbeiträge an die Besoldungen des gemeindlichen Lehrpersonals (Schulsubventions-Verordnung) vom 25. November 2008
- die Pauschalen zur Finanzierung der schulergänzenden Betreuungsangebote (SEB) gemäss § 43 Abs. 7 des Schulgesetzes (BGS 412.11)
- die Pauschalen gemäss § 78 Abs. 2 des Schulgesetzes (SchulG) vom 27. September 1990 an anerkannte Privatschulen.

➔ Die Stawiko stimmt stillschweigend für die Gewährung einer Teuerungszulage von 0,29% und damit für die Kürzung des Budgets um 14 900 Franken.

4. Detailberatung: Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Ämtern

Im Folgenden werden jene Bereiche erwähnt, zu denen in der Detailberatung Anträge gestellt oder die vertieft beraten worden sind:

11 Allgemeine Verwaltung

1120 Kanzlei

Der Regierungsrat beantragt, bei der Kanzlei eine 80%-Stelle für eine Fachperson Krisenkommunikation zu schaffen. Es wird der Antrag gestellt, diese Stelle im Budget 2026 zu streichen. Es sollten nicht Stellen «auf Vorrat» geschaffen werden. In einer Krisensituation könnten diese Aufgaben durch interne Ressourcen aufgefangen werden. Falls die internen Ressourcen nicht ausreichen würden, könnte dies mit Hilfskräften überbrückt werden.

Dem wird entgegengehalten, dass für eine Krisenkommunikation kein Know-how vorhanden sei. Es gehe nicht nur um Arbeiten bei einer Krise, sondern zum Beispiel auch um die Erarbeitung von neuen, ereignis-bezogenen Konzepten oder um die Sicherstellung der strategischen Prozessverantwortung auf Stufe Regierung, Direktionen und Ämter. Vergleiche mit anderen Kantonen würden zeigen, dass der Kanton Zug über wenige Ressourcen im Bereich Kommunikation verfüge.

- Die Stawiko beschliesst mit 9 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung, bei der Kanzlei die 80%-Stelle für eine Fachperson Krisenkommunikation (Nr. 1120.0900b) zu schaffen.

1129 Datenschutzstelle (DATS)

Die DATS beantragt, im Budget 2026 den Betrag für Hilfskräfte um 80 000 Franken zu erhöhen.

Die zuständige Delegation habe bereits im Frühling über die Ressourcen der DATS gesprochen. Seitens der Datenschutzbeauftragten fehle die Bereitschaft, zur Steigerung der Effizienz beizutragen. Es werde von der Delegation bezweifelt, dass zusätzliche Ressourcen die Problematik lösen.

Dem wird entgegengehalten, dass beim Datenschutz mit der Digitalisierung eine Zunahme der Aufgaben anzunehmen sei. Beispiele wie die Diskussion im Kanton Luzern über Microsoft Office 365 würden dies zeigen. Es wird deshalb beantragt, die Datenschutzbeauftragte zur persönlichen Stellungnahme an die laufende Sitzung der Stawiko einzuladen.

- Die Stawiko beschliesst mit 1 Ja- zu 13 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung, die Datenschutzbeauftragte nicht zur Stellungnahme an der Sitzung einzuladen.

Die Delegation beantragt, die zusätzlichen Mittel (im Vergleich zum Budget 2025) für Hilfskräfte nicht zu bewilligen, da Hilfskräfte zur Erledigung eines vorübergehenden ausserordentlichen Arbeitsanfalls vorgesehen sind (§ 1 Abs. 4 Vollziehungsverordnung zum Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonal, BGS 154.211) und nicht zur Umgehung des Stellenprozesses dienen dürfen. Sie erachtet die bestehenden Stellenprozente als angemessen und empfiehlt, den Praktikanten innerhalb dieser zu integrieren.

Es wird ergänzt, dass die Ressourcen im Vergleich zu anderen Kantonen nicht zu tief seien.

- Die Stawiko beschliesst mit 13 Ja- zu 2 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, im Budget 2026 der Datenschutzstelle die Erhöhung für Hilfspersonal im juristischen Bereich im Betrag von 80 000 Franken nicht zu genehmigen.

Im nächsten Jahr steht die Wahl der Datenschutzbeauftragten im Kantonsrat an. Die Stawiko stimmt dem Antrag der Delegation zu einer damit verbundenen Aufforderung an den Regierungsrat stillschweigend zu.

- Der Regierungsrat wird aufgefordert, seinen Beitrag zu leisten, um eine konstruktive Zusammenarbeit sowie effiziente Prozesse mit der Datenschutzstelle sicherzustellen. Die Zusammenarbeit zwischen der Datenschutzstelle und der Regierung muss sachlich erfolgen und einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen bringen. In Zusammenarbeit mit der Justizprüfungskommission (JPK) soll sich der Regierungsrat beratend in die Vorbereitung der Wahl der Datenschutzstelle für die kommende Amtsperiode 2026–2030 einbringen.

15 Direktion des Innern

1515 Amt für Grundbuch und Geoinformation

Bei der Abteilung Grundbuch können gemäss Delegation nicht alle Zielsetzungen erreicht werden. Einerseits muss die Abteilung Personalausfälle infolge Krankheit oder Mutterschaft in Kauf nehmen, wodurch viel Know-how verloren geht und mit Aushilfspersonal nicht vollständig kompensiert werden kann. Andererseits steigt die Anzahl Grundbuchauszüge stetig an. Dies hat damit zu tun, dass Grundstücksgeschäfte zunehmen, Finanzierungen schneller wechseln oder neue Vorschriften zur Personenprüfung (ZAS-Check, UID) eingeführt wurden. Es wurde auch festgestellt, dass die Qualität bei Finanzierern und Notaren rückläufig ist. Dies hat zur Folge, dass der Aufwand in der Abteilung steigt, weil die Qualität des Registers hochgehalten werden muss, ansonsten können Staatshaftungsklagen drohen.

Durch diese Situation können auch weniger verrechenbare Leistungen erbracht werden, weshalb die Gebühreneinnahmen sinken.

Die Abteilung Grundbuch benötigt deshalb mittelfristig mehr Personal, um den Mehraufwand aufgrund der steigenden Einfluss- / und Plangrössen zu bewältigen. Dies soll aus einem Mix zwischen befristeten Hilfskräften und punktuell mehr Stammpersonal für Schaffung von Redundanz erfolgen. Weiter sollen IT-Projekte zur Effizienzsteigerung vorangetrieben werden. Aktuell wird im Amt der Bedarf ermittelt für die Beantragung im Budget 2027 und den Folgejahren.

1530 Amt für Wald und Wild

Der Stellenantrag Projektleitung Waldschutz wurde letztes Jahr bereits gestellt und vom Kantonsrat nicht genehmigt. Die Notwendigkeit dieser Stelle wird von der Delegation auch für das Budgetjahr 2026 nicht gesehen. Der Schweizer Wald sei zwar stark unter Druck durch Schädlinge und anhaltend hohe Stickstoffeinträge befallen. Zudem nähmen Extremereignisse wie Hitze, Trockenheit oder Stürme zu. Diese Probleme könnten mit einer Projektleiterstelle aber nicht gemildert werden.

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 12 Ja- zu 3 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, das Budget 2026 des Amts für Wald und Wild um 31 300 Franken zu reduzieren mit der Intention, die 30%-Stelle Projektleitung Waldschutz (Nr. 1530.0300d) nicht zu schaffen.

1550 Sozialamt

Aktuell liegt der Stawiko ein Revisionsbericht der Finanzkontrolle zu einem Kassenfehlbetrag bei den Sozialen Diensten Asyl vor. Die Finanzkontrolle empfiehlt in ihrem Bericht unter anderem, die Weisung der Finanzdirektion betreffend Kassen sowie Bank- und Postkonten vom 15. Oktober 2013 einzuhalten. Im Jahr 2024 hat die Finanzkontrolle bereits einen Revisionsbericht zu einem Kassenfehlbetrag erstellt, in welchem bereits auf die Weisung der Finanzdirektion hingewiesen wurde.

Für die Stawiko ist es unbedingt erforderlich, dass Beanstandungen und Empfehlungen der Finanzkontrolle umgesetzt werden und deren Umsetzung durch die Direktion des Innern zu kontrollieren sind. Die Stawiko verzichtet auf eine Aufforderung gegenüber der Direktion des Innern, da die Finanzkontrolle die Umsetzung ihrer Empfehlungen innerhalb der von ihr gesetzten Frist überprüft.

Im Budget 2026 sind zusätzliche Hilfskräfte im Asyl- und Flüchtlingsbereich vorgesehen. Dies ist auf die Inbetriebnahme von unterirdischen Unterbringungsmöglichkeiten zurückzuführen, da diese eine 24-Stunden-Betreuung erfordern.

In Zug sorgt der Kanton für die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen. In vielen anderen Kantonen ist dies Aufgabe der Gemeinden. Wie bereits im Bericht der Stawiko zum Geschäftsbericht 2024 (Vorlage 3912.2 - 18185) ausgeführt, ruft die Stawiko wiederum die Gemeinden auf, ihren Beitrag zur Findung von Unterkünften zu leisten – insbesondere im Bewusstsein, dass in Zug (noch) der Kanton für die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen zuständig ist und mit steigenden Kosten konfrontiert ist. Zudem wird in der Stadt Zug in nächster Zeit eine erhebliche Zahl an Asylsuchenden aus dem alten Kantonsspital neuplatziert werden müssen.

1552 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz

Probleme bereiten gemäss Delegation vor allem die zurückgestellten Gefährdungsmeldungen, die laufend zunehmen. Das ist per se schon stossend und untragbar. Doch daraus könnten auch Staatshaftungsklagen und andere Anzeigen resultieren, was wiederum zu Mehraufwendungen im Amt führe. Schlussendlich würden die betroffenen Personen darunter leiden, in erster Linie auch die Kinder im Kinderschutz, die nichts für ihre Situation könnten. Um Verbesserungen erzielen zu können, wurde in einem ersten Schritt eine externe Analyse in Auftrag gegeben. Die Probleme würden mittelfristig aber noch bestehen bleiben. Im Budget 2026 sind deshalb zusätzliche Stellenprozente vorgesehen. Die Stawiko stimmt dem Antrag der Delegation zu einer Aufforderung an den Regierungsrat stillschweigend zu.

- ➔ Die Direktion des Innern wird aufgefordert, im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz mit den zur Verfügung gestellten Personalressourcen schnellstmöglich Ordnung zu schaffen und die zurückgestellten Gefährdungsmeldungen abzuarbeiten. Die externe Analyse gilt es ab Vorliegen des Berichts sofort mit den vorgeschlagenen Lösungsansätzen umzusetzen. Es wird auf das nächste Budget 2027 erwartet, dass eine Stabilisierung im Amt eintritt und keine weiteren Stellenanträge mehr gestellt werden.

1580 Amt für Denkmalpflege und Archäologie

Die Stelle Projektleitung Bauteillager wurde bereits letztes Jahr beantragt und vom Kantonsrat nicht genehmigt. Die Notwendigkeit dieser Stelle werde auch für das Budgetjahr 2026 nicht gesehen. Die Ressourcen, welche mit der Teilerheblicherklärung des Postulats von Thomas Meierhans und Patrick Rösli betreffend ein kantonales Depot für historische Bauteile (eingereicht als Motion, Vorlage 3364) notwendig geworden seien, könnten intern abgedeckt werden.

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 12 Ja- zu 3 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, das Budget 2026 des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie um 28 100 Franken zu reduzieren mit der Intention, die 30%-Stelle Projektleitung Bauteillager (Nr. 1580.0000p) nicht zu schaffen.

Im Weiteren wird vom Regierungsrat eine 40%-Stelle für die Gebietsdenkmalpflege beantragt, um die stetig ansteigende Arbeitslast im Bereich der denkmalpflegerischen Baubegleitung und -beratung aufzufangen.

Es wird der Antrag gestellt, diese Stelle zu streichen. Erfahrungen würden zeigen, dass in diesem Bereich die Prioritäten falsch gesetzt würden und es könnte optimiert werden. Es werde zu stark in die Details gegangen.

Dem wird entgegengehalten, dass es bei dieser Stelle darum gehe, zu Baugesuchen Stellung zu nehmen. Der Aufwand in diesem Bereich nehme zu und die Streichung würde zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von Baugesuchen führen.

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 8 Ja- zu 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung, das Budget 2026 des Amts für Denkmalpflege und Archäologie nicht zu reduzieren und die 40%-Stelle Gebietsdenkmalpflege (Nr. 1580.0000o) zu schaffen.

17 Direktion für Bildung und Kultur

1777 Amt für Berufsberatung

Der Regierungsrat beantragt beim Amt für Berufsberatung 120 Stellenprozent für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung. Neben 10 Stellenprozent für die Einführung von wirtschaftsbefähigenden Arbeitsmarktstipendien (AMS) und 70 Stellenprozent für das Angebots «viamia Standortbestimmung für über 40jährige» werden 40 Stellenprozent für die Studienwahl-Workshops und Studienberatungen an den Mittelschulen aufgrund des Zuwachses von Schülerinnen und Schülern beantragt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie das Verhältnis zwischen der Beratung für ein Studium und der Beratung in der beruflichen Grundbildung ist.

Die Frage wurde während der Sitzung von der Direktion für Bildung und Kultur wie folgt beantwortet:

- *Stellenprozente in der Beratung: 665 feste Stellenprozente (zusätzlich im Schnitt 80 Prozent befristet [70 Prozent viamia und 10 Prozent Chat Berufsberatung.ch])*
- *Davon Stellenprozente Studienberatung: 120 Prozent – entspricht 18 Prozent der 665 Prozent bzw. 16,1 Prozent der 745 Prozent der zurzeit genutzten Stellenprozente (inkl. befristete Anstellungen).*
- *Neu Stellenprozente Studienberatung (+ 40 Prozent gem. Stellenantrag): 160 Prozent – entspricht dann 24 Prozent der 665 Prozent bzw. 21 Prozent der zurzeit genutzten Stellenprozente (inkl. befristete Anstellungen).*
- *Vergleich und Relativierung: 34,9 Prozent der Zuger Bevölkerung über 25 Jahren verfügt über einen Hochschulabschluss (Quelle: Statistik Kanton Zug)*
- *Ein gewisser Teil der Hochschulabgänger über 25 Jahren wird auch mit den restlichen Stellenprozente beraten (je nach Fragestellung). Maturanden werden immer durch die Studienberatung betreut und beraten.*

Aus der Kommission wird aufgrund dieser Auskunft kein Antrag gestellt.

Volkswirtschaftsdirektion

2011 Amt für Berufsbildung

Der Regierungsrat beantragt beim Amt für Berufsbildung eine 60%-Stelle Sachbearbeitung Qualifikationsverfahren und Finanzen. Der aktuelle Stelleninhaber Leiter Qualifikationsverfahren (QV) und Finanzen (100%) gehe nach 22 Jahren voraussichtlich im Herbst 2026 in Rente. Diese Funktion sei 2017 neu geschaffen worden, indem die damalige Stelle als Leiter Finanzen (100%) mit der damals noch bestehenden, aber verwaisten Stelle Leiter QV (80%) verbunden worden sei. Dies habe nur aufgrund der langjährigen Erfahrung und der Effizienzsteigerung sowie verschiedener Aufgabendelegation funktionieren können.

Es wird der Antrag gestellt, statt einer 60%-Stelle Sachbearbeitung Qualifikationsverfahren nur eine 20%-Stelle zu schaffen. Man habe Verständnis für die Mengenausweitung, sehe aber die Notwendigkeit von weiteren zusätzlichen Ressourcen nicht.

- Die Stawiko beschliesst mit 10 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung, das Budget 2026 des Amts für Berufsbildung um 16 700 Franken zu reduzieren mit der Intention, anstelle einer 60%-Stelle Sachbearbeitung Qualifikationsverfahren nur eine 20%-Stelle Sachbearbeitung Qualifikationsverfahren (Nr. 2011.0000a) zu schaffen.

2072 Handelsregister- und Konkursamt

Die Steigerung des Personalaufwands wird unter anderem mit «aufgrund früherer Anstellung der bewilligten Stellen im Jahr 2025 als budgetiert» begründet. Für die Stawiko stellt sich die Frage, wie dies zu verstehen ist.

Die Abklärungen bei der Volkswirtschaftsdirektion und beim Personalamt während der Stawiko-Sitzung ergaben folgende Klärung:

Im Budget 2025 sind bis auf eine Stelle alle übrigen Stellen zur Besetzung ab April beantragt worden und entsprechend reduzieren sich für das Budget 2025 der Lohnaufwand. Im Budget 2026 sind der im Budget 2025 nur zu $\frac{3}{4}$ eingestellte Aufwand nun vollständig eingerechnet, da diese Anstellungen zum Zeitpunkt der Budgetberechnungen bereits vollzogen waren und als effektiver Lohnaufwand bereits einfließen. Diese Differenz beträgt rund 300 000 Franken.

Es wird der Antrag gestellt, die Leistungsgruppe 2 «Allgemeine Dienstleistungen Handelsregister» wie folgt zu ergänzen: «Mutationen von Personen bei bestehenden Firmen sowie Neugründungen im HRA sollen bei einfachen Fällen sowie vollständig und korrekten Unterlagen innerhalb von 2 Arbeitstagen abgeschlossen werden». Es sei sehr wichtig, dass der Kanton Zug bei der Qualität der Dienstleistungen im Bereich Handelsregister im Vergleich zu den anderen Kantonen eine Spitzenposition einnehme. Die Thematik sei schon mehrere Male in der Stawiko besprochen worden. Zudem seien im Budget 2026 370 Stellenprozente für das Handelsregister- und Konkursamt vorgesehen.

Dem wird entgegengehalten, dass im Vergleich zu anderen Kantonen die Anzahl Fälle, welche pro Sachbearbeiterin und Sachbearbeiter bearbeitet werden, höher sei. Entsprechend seien vorgängig die Ressourcen zu überprüfen.

- Die Stawiko beschliesst mit 12 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung, die Zielsetzungen bei der «Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen Handelsregister» mit folgendem Ziel zu ergänzen: «Mutationen von Personen bei bestehenden Firmen sowie Neugründungen im Handelsregisteramt sollen bei einfachen Fällen sowie vollständig und formell korrekten Unterlagen innerhalb von 2 Arbeitstagen abgeschlossen werden».

In gleichen Zusammenhang wird die Einführung eines Expressverfahrens besprochen, bei welchen dringende Geschäfte gegen eine zusätzliche Gebühr schneller bearbeitet würden. In der Antwort zur Interpellation von Tabea Estermann, Adrian Risi, Peter Letter und Mirjam Arnold betreffend Benchmarking und Effizienz des Zuger Handelsregisteramtes (Vorlage 3854 - 18144) erachtete der Regierungsrat eine solche generelle Bevorzugung von Kundinnen und Kunden, die mehr bezahlen wollen bzw. können, aus rechtsstaatlicher Sicht als unzulässig. Staatliches Handeln müsse insbesondere die Rechtsgleichheit beachten (Art. 8 der Bundesver-

fassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV; SR 101) vom 18. April 1999). Jede Person habe in Verfahren vor Verwaltungsinstanzen Anspruch auf gleiche und gerechte Behandlung (Art. 29 BV).

Es wird argumentiert, dass ein solches Expressverfahren in anderen Kanton angeboten würde und dies vom Advokatenverein des Kantons Zug gewünscht werde. Die Stawiko einigt sich darauf, dass der Regierungsrat die Einführung eines Expressverfahrens im Bereich Handelsregister prüfen solle.

- ➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert zu prüfen, wie beim Handelsregister gegen eine zusätzliche Expressgebühr für dringende Geschäfte ein schnellerer Zugang zu den Dienstleistungen angeboten werden kann.

Baudirektion

Die Delegation stellt Antrag für verschiedene Aufforderungen an den Regierungsrat. Man ist sich einig, dass der grösste Teil allenfalls als Postulat einzureichen wäre. In der Diskussion ergibt sich, dass eine Aufforderung betreffend Leistungsvereinbarungen – aber nicht nur für die Baudirektion, sondern für die gesamte Verwaltung gestellt werden soll (vgl. Ziffer 3.3)

Sicherheitsdirektion

Die Delegation stellt Antrag für eine Aufforderung an den Regierungsrat: Es sei zu prüfen, wie die Planungsqualität im Finanzplan weiter erhöht werden kann.

Die Stawiko ist sich einig, dass insbesondere im Bereich der Entwicklung der neuen Stellen in den Finanzplanjahren Verbesserungspotential – aber nicht nur bei der Sicherheitsdirektion, sondern bei allen Direktionen – besteht. Die Aufforderung wird deshalb für die gesamte Verwaltung gestellt (vgl. Ziffer 3.4 vorne).

3581 Strassenverkehrsamt

Der Regierungsrat beantragt eine 70%-Stelle Support Stab Amtsleitung. Die Delegation stellt den Antrag, diese Stelle zu streichen. Der Antrag werde bereits im ersten Jahr der neuen Amtsleitung gestellt. Es müsse möglich sein, innerhalb eines Amtes mit knapp 50 Stellen eine interne Lösung zu finden.

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 15 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, das Budget 2026 des Strassenverkehrsamts um 65 600 Franken zu reduzieren mit der Intention, die 70%-Stelle Support Stab Amtsleitung (Nr. 3581.0300b) nicht zu schaffen.

Finanzdirektion

5011 Allgemeiner Personalaufwand

Im Allgemeinen Personalaufwand beantragt der Regierungsrat 700 000 Franken für die Wiedereinführung von REKA-Checks für die Mitarbeitenden (1 500 Franken pro Mitarbeitenden, wovon der Kanton 20 Prozent bzw. 300 Franken übernimmt) und 500 000 Franken für die Einführung eines pensumsabhängigen Mobilitätsbeitrags für die Mitarbeitenden von maximal 200 Franken jährlich.

Die Delegation stellt den Antrag, diese Beträge zu streichen und damit die REKA-Checks und den Mobilitätsbonus nicht einzuführen. Die Anstellungsbedingungen seien erst kürzlich verbessert worden. Bei den REKA-Checks sei zudem festzuhalten, dass die Gemeinden diese im Rahmen des kantonalen Sparprogramms auch abgeschafft hätten.

Dagegen wird argumentiert, dass solche Fringe Benefits in Zeiten des Fachkräftemangels einen positiven Effekt bei den Anstellungen haben könnten.

Die Stawiko stimmt einzeln über die Beträge ab:

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 11 Ja- zu 4 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, das Budget 2026 des Allgemeinen Personalaufwands um 700 000 Franken zu reduzieren und die Wiedereinführung von REKA-Checks für die Mitarbeitenden zu streichen.
- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 10 Ja- zu 5 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, das Budget 2026 des Allgemeinen Personalaufwands um 500 000 Franken zu reduzieren und die Einführung eines pensumsabhängigen Mobilitätsbeitrags für die Mitarbeitenden zu streichen.

Im Weiteren sind 150 000 Franken für die Erhöhung des Betrags für Personalanlässe (Erhöhung von 50 Franken auf 300 Franken p.a. pro Mitarbeitenden) im Budget 2026 vorgesehen. Es wird der Antrag gestellt, diese Erhöhung zu streichen. Im Vergleich zur Privatwirtschaft sei der bestehende Betrag von 250 Franken pro Mitarbeitenden bereits sehr respektabel.

Dem wird entgegengehalten, dass mit dieser Pauschale die gesamten Personalanlässe finanziert würden und keine weiteren Anlässe stattfänden, welche der Staatsrechnung anderweitig belastet würden. Zudem sei die Entschädigung für die Kantonsräte erhöht worden, weshalb nun auch in diesem Bereich eine Erhöhung vertretbar sei.

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 8 Ja- zu 7 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, das Budget 2026 des Allgemeinen Personalaufwands um 150 000 Franken zu reduzieren und die Erhöhung des Betrags für die Personalanlässe zu streichen.

Es wird zusätzlich der Antrag gestellt, den Betrag um 60 Franken auf das Niveau nach dem Sparprogramm (190 Franken p.a.) zu kürzen. Der Betrag von 190 Franken sei im Vergleich zur Privatwirtschaft immer noch sehr grosszügig.

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 2 Ja- zu 13 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, den Betrag pro Mitarbeitenden nicht auf 190 Franken zu reduzieren und damit auf 250 Franken zu belassen.

5. Öffentlich-rechtliche Anstalten

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind nicht Bestandteil der Staatsrechnung. Jedoch hat der Kantonsrat aufgrund von Bestimmungen in Spezialgesetzen die Budgets der Pädagogischen Hochschule Zug und der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen.

5.1 Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug)

Der Leistungsauftrag der PH Zug ist gleich aufgebaut wie diejenigen der kantonalen Ämter. Das Globalbudget ist mit einem Aufwandüberschuss von rund 10,8 Millionen Franken um rund 2,6 Millionen Franken tiefer als im Vorjahr. Die Gründe dafür sind:

- Im Budget 2025 war vorgesehen, zusätzlich zum Ausgleich des Aufwandüberschusses den Kantonsbeitrag um 1,5 Millionen Franken zur Sicherung der Liquidität beziehungsweise zur Reservenbildung zu erhöhen,
- Höherer Ertrag infolge von mehr Studierenden im Masterstudiengang Sonderpädagogik und Bachelorstudiengang.

Der budgetierte Kantonsbeitrag von rund 10,8 Millionen entspricht dem Betrag, der im Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule (Amt Nr. 1730) erfasst ist.

5.2 Justizvollzugsanstalt Bostadel

Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (Anhang zu BGS 332.31) müssen die Parlamente beider Kantone das Budget, die Jahresrechnung und den Jahresbericht beschliessen. Das Budget 2026 rechnet mit einem Aufwandüberschuss von rund 434 000 Franken, wovon der Kanton Zug einen Fünftel oder rund 86 800 Franken tragen muss. Dieser Betrag ist im Globalbudget des Amts für Justizvollzug (Amt Nr. 3596) bei der Sicherheitsdirektion eingestellt.

Die Investitionsrechnung sieht für 2026 Ausgaben von rund 1,0 Millionen Franken vor, rund 486 000 Franken mehr als im Vorjahresbudget. Die geplanten Investitionen für die Instandsetzung mit Neubau sind beim Hochbauamt enthalten.

6. Finanzstatus

Der aktuelle Finanzstatus erfasst die finanziellen Auswirkungen derjenigen Geschäfte, die in der Zeit vom 11. September 2024 bis 16. September 2025 von der Regierung und dem Kantonsrat beschlossen worden sind. Der Finanzstatus zeigt die Differenzen zwischen den effektiven Ausgabenbeschlüssen und den Budget- beziehungsweise Finanzplanzahlen. Es ist zu beachten, dass die finanziellen Entwicklungen, die nicht auf Regierungsrats- oder Kantonsrats-Beschlüsse zurückgehen (wie zum Beispiel Veränderungen bei den Steuererträgen oder die zeitliche Verschiebung von Investitionsprojekten) nicht berücksichtigt sind. Die Übersicht fasst alle finanziellen Auswirkungen zusammen. Es zeigt sich, dass die erfassten Beschlüsse die Jahresrechnung 2025 um 0,6 Millionen Franken weniger belasten als budgetiert. Hauptverantwortlich dafür sind die Beschlüsse des Kantonsrats betreffend Ausrichtung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal 2025 (effektive Teuerung von 0,86 Prozent statt wie budgetiert von 1,9 Prozent) mit rund 4,9 Millionen Franken sowie des Regierungsrats betreffend der Aufhebung Finanzierung interkantonalen Kulturlastenausgleich über den Lotteriefonds mit rund 2,7 Millionen Franken. Die Investitionsrechnung liegt um rund 8,9 Millionen Franken über dem Budget. Dies ist vor allem auf folgende Beschlüsse zurückzuführen:

- Kantonsrat: Standortbeitrag Aufbaukosten Bildungszentrum XUND, Rotkreuz (2 Millionen Franken).
- Kantonsrat: Die Umsetzung OECD-Mindeststeuer / Gesetz über Standortentwicklung (Initialkosten für die elektronische Plattform, 1 Million Franken).
- Kantonsrat: Zusatzkredit für die Instandsetzung der Lorzentobelbrücke, Baar und Menzingen (0,6 Millionen Franken)
- Regierungsrat: Kantonsstrasse 381, Nidfuren-Schmittli, Menzingen/Baar; Erhöhung Werkvertrag Baumeisterarbeiten (2,9 Millionen Franken).
- Regierungsrat: SD3541.0003 Werterhalt Polycom 2030 (2,4 Millionen Franken).

Die Stawiko legt die Übersicht des Finanzstatus diesem Bericht bei (siehe Beilage 3).

➔ Die Stawiko nimmt vom Finanzstatus per 16. September 2025 Kenntnis.

7. Jahresberichte 2024 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen

Die Staatskanzlei stellt die Jahresberichte der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen (IGPK) jeweils allen Mitgliedern des Kantonsrates zur Kenntnisnahme zu. Eine Traktandierung findet nicht statt, sodass der Kantonsrat dazu keine Stellung nehmen kann. Der Kanton Zug wird in den verschiedenen IGPK durch die Stawiko-Mitglieder vertreten, die für die jeweilige Direktion zuständig sind.

→ Die Stawiko nimmt folgende Jahresberichte 2024 zur Kenntnis:

- Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)
- Hochschule Luzern (HSLU)
- Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA)

8. Schlussabstimmung

Die Stawiko beschliesst mit 14 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 1 Abwesenheit der Vorlage Nr. 3961.1 - 0000 gemäss Anträgen laut Detailberatung zuzustimmen.

9. Anträge

Gestützt auf diesen Bericht beantragt Ihnen die Stawiko,

- 1) die Leistungsaufträge 2026 mit folgender Änderung zu genehmigen (Abstimmungsverhältnisse zu den Änderungsanträgen siehe Kapitel Detailberatung):
 - a) Ergänzung der «Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen Handelsregister» beim Handelsregister- und Konkursamt: mit folgendem Ziel: «Mutationen von Personen bei bestehenden Firmen sowie Neugründungen im Handelsregisteramt sollen bei einfachen Fällen sowie vollständig und formell korrekten Unterlagen innerhalb von 2 Arbeitstagen abgeschlossen werden».
- 2) das Budget 2026 (Vorlage Nr. 3961.1 - 00000) mit folgenden Änderungen zu genehmigen (Abstimmungsverhältnisse zu den Änderungsanträgen siehe Kapitel Detailberatung):
 - a) Reduktion des Budgets 2026 der Datenschutzstelle um die Erhöhung für Hilfspersonal im juristischen Bereich im Betrag von 80 000 Franken;
 - b) Reduktion des Budgets 2026 des Amts für Wald und Wild um 31 300 Franken mit der Intention, die 30%-Stelle Projektleitung Waldschutz (Nr. 1530.0300d) nicht zu schaffen;
 - c) Reduktion des Budgets 2026 des Amts für Denkmalpflege und Archäologie um 28 100 Franken mit der Intention, die 30%-Stelle Projektleitung Bauteillager (Nr. 1580.0000p) nicht zu schaffen;
 - d) Reduktion des Budgets 2026 des Amts für Berufsbildung um 16 700 Franken mit der Intention, anstelle einer 60%-Stelle Sachbearbeitung Qualifikationsverfahren nur eine 20%-Stelle Sachbearbeitung Qualifikationsverfahren (Nr. 2011.0000a) zu schaffen;
 - e) Reduktion des Budgets 2026 des Strassenverkehrsamts um 65 600 Franken mit der Intention, die 70%-Stelle Support Stab Amtsleitung (Nr. 3581.0300b) nicht zu schaffen;
 - f) Reduktion des Budgets 2026 des Allgemeinen Personalaufwands um 700 000 Franken und somit Streichung der Wiedereinführung von REKA-Checks für die Mitarbeitenden;
 - g) Reduktion des Budgets 2026 des Allgemeinen Personalaufwands um 500 000 Franken und somit Streichung der Einführung eines pensumsabhängigen Mobilitätsbeitrags für die Mitarbeitenden zu streichen;
 - h) Reduktion des Budgets 2026 des Allgemeinen Personalaufwands um 150 000 Franken und Streichung der Erhöhung des Betrags für die Personalanlässe;

- i) Ausrichtung der vollen Teuerungszulage gemäss Landesindex der Konsumentenpreise (Stand September 2025) von 0,29% und Reduktion des Aufwands des Budgets 2026 gegenüber dem ursprünglich beantragten Betrag um 14'900 Franken für die Teuerungszulage.
- 3) den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2026 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;
- 4) das Budget 2026 der Justizvollzugsanstalt Bostadel zu genehmigen;
- 5) den Finanzplan 2026–2029 zur Kenntnis zu nehmen;
- 6) die Finanzierungsprognose bis 2033 zu kantonalen Investitionsprojekten zur Kenntnis zu nehmen (siehe dazu Ziffer 9 im Bericht des Regierungsrats).

Edlibach, 29. Oktober 2025

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Tom Magnusson

Beilagen:

- 1) Stellenübersicht per 19. August 2025
- 2) Finanzstatus per 16. September 2025
- 3) Liste der Aufforderungen
- 4) Matrix zum Ablauf bei Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und/oder Globalbudget

Beilage 1

Kanton Zug - Budget 2026: Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden (Stand 19.08.2025)															Finanzdirektion/Personalamt	
Bemerkungen: - Enthalten sind die Stellen für Festangestellte (inkl. Projekt- und drittfinanzierte Stellen). Nicht enthalten sind Stellen für Hilfskräfte, Aushilfen, Fachpersonal und Personen in Ausbildung. - Die internen und externen Sozialstellen sowie die Lernenden-Betreuer/innen sind in der Amts-Nr. 5011 «Allgemeiner Personalaufwand» enthalten. - Das für die Planjahre erwartete Wachstum der Personalstellen wird gemäss Budgetvorgaben berechnet und in der Amts-Nr. 5011 «Allgemeiner Personalaufwand» dargestellt. - Die Spalte «Ist 31.12.xy» ist eine Momentaufnahme und gibt keine Auskunft über die belegten Jahresdurchschnittspensen. - Die farbigen Kommentare beziehen sich auf die entsprechenden gelben Spalten mit farbiger Schrift zum aktuellen Budget.															Abkürzungen: Ltg = Leitung MA = Mitarbeiter/in Mgr = Manager Mgmt = Management PL = Projektleitung Sb = Sachbearbeitung ZiBü = Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst	
Amts-Nr./KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.24	Budget 2025	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2025	Budget 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Ände- rung 2029	Plan 2029	Kommentare
11	Allgemeine Verwaltung	45.85	50.20	1.70	0.00	0.00	0.00	-0.20	51.70	0.00	51.70	0.00	51.70	-3.80	47.90	
1120.0900	Kanzlei	25.45	28.20	1.40					29.60		29.60		29.60	-0.80	28.80	+0.40 Koord. Vorhaben und Projekte +0.80 Fachp. Krisenkommunikation +0.20 Fachp. Protokolldienst 2029: -0.80 Proj./Prozessm. befr. von BU25
1126	Staatsarchiv	16.45	17.85	0.30				-0.20	17.95		17.95		17.95	-3.00	14.95	
1126.0000	- Archiv	16.45	17.05	0.30				-0.20	17.15		17.15		17.15	-3.00	14.15	-0.20 Gde-Archivar/in befristet von BU23 +0.30 Sb digitale Foto-Repro. 2029: -2.00 Umzugsvorbereit. befr. von BU22 -1.00 Umzugsvorbereit. befr. von BU23 2036: -1.00 Bestanderschlies. befr. von BU25
1126.0900	- Moderne Zuger Kantonsgeschichte	0.00	0.80						0.80		0.80		0.80		0.80	2033: -0.80 Sekretariat befristet von BU24
1128	Ombudsstelle (OMB)	1.35	1.55						1.55		1.55		1.55		1.55	
1129	Datenschutzstelle (DATS)	2.60	2.60						2.60		2.60		2.60		2.60	
15	Direktion des Innern	234.55	313.95	7.30	1.10	0.00	0.00	-0.60	321.75	-0.50	321.25	-53.55	267.70	-0.60	267.10	
1500	Direktionssekretariat	14.40	14.85	0.40				-0.60	14.65		14.65	-0.80	13.85	-0.60	13.25	
1500.0300	- Direktionssekretariat	10.40	10.45						10.45		10.45		10.45	-0.60	9.85	2029: -0.60 Jurist. MA/PL befristet von BU25
1500.4100	- Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst	4.00	4.40	0.40				-0.60	4.20		4.20	-0.80	3.40		3.40	-0.60 Sb ZiBü befristet von BU23 +0.40 Sb ZiBü 2028: -0.80 Sb/Zivilsta'beamt. befr. von BU25
1515.0300	Amt für Grundbuch und Geoinformation	33.65	34.50	0.30					34.80		34.80		34.80		34.80	+0.30 Techn. Sb Geoinformation 2030: -1.00 Sb Grundb.ber. befr. von BU21 2031: -1.00 Sb Grundb.ber. befr. von BU23
1530.0300	Amt für Wald und Wild	21.50	21.50	0.30	0.80				22.60		22.60		22.60		22.60	+0.30 PL Waldschutz +0.80 Projektleitung

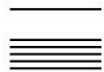
Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.24	Budget 2025	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2025	Budget 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Ände- rung 2029	Plan 2029	Kommentare
1550	Sozialamt	86.05	160.40						160.40	-0.50	159.90	-52.75	107.15		107.15	
1550.0300	- Sozialwesen	17.25	16.65			2.10			18.75	-0.50	18.25		18.25		18.25	+2.10 interne Verschiebung 2027: -0.50 PL Strategie Alter befr. von BU25
1550.0320	- Soziale Dienste Asyl	68.80	143.75			-2.10			141.65		141.65	-52.75	88.90		88.90	-2.10 interne Verschiebung 2028: -52.75 aus S-Bereich befr. von BU25
1552.0300	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	47.85	51.35	5.90					57.25		57.25		57.25		57.25	+0.80 Behördenmitglied KESB (2x 40 %) +1.20 Berufsbeistand +0.80 Fachp. Abklärungsdienst (2x 40 %) +0.60 Sb Berufsbeistandspersonen +0.80 Fachp. Rechtsdienst +0.50 Sb Revisorat +1.20 Sb Zentrale Dienste
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	31.10	31.35	0.40	0.30				32.05		32.05		32.05		32.05	+0.40 Gebietsdenkmalpflege +0.30 PL Bauteillager 2030: -1.00 Archäol./Stv.G'Ltg befr. von BU24 -1.00 Grabungstech. befr. von BU24
17	Direktion für Bildung und Kultur	341.68	362.23	2.80	0.10	0.90	8.50	0.00	374.53	0.00	374.53	0.00	374.53	0.00	374.53	
1700.0300	Direktionssekretariat	5.35	5.35						5.35		5.35		5.35		5.35	
1730	Amt für Mittelschulen und PH	288.38	305.83	1.00	0.10	0.00	8.50		315.43		315.43		315.43		315.43	
1730.0300	- Amt für Mittelschulen und PH	2.65	3.00		0.10				3.10		3.10		3.10		3.10	+0.10 Proj'sekretariat Chance Zug
1730.1100	- Kantonsschule Zug:															
	• Administration	22.00	23.15	0.60					23.75		23.75		23.75		23.75	+0.60 Support + Koord. SchulNetz
	• Lehrpersonen	163.19	140.86			6.00			146.86		146.86		146.86		146.86	+6.00 interne Verschiebung (Lehrpersonal)
1730.2100	- Kantonsschule Menzingen:															
	• Administration	17.00	17.60						17.60		17.60		17.60		17.60	
	• Lehrpersonen	50.00	57.33						57.33		57.33		57.33		57.33	
1730.3100	- Fachmittelschule:															
	• Administration	3.70	3.70	0.40					4.10		4.10		4.10		4.10	+0.40 Fachp. Zentrale Dienste
	• Lehrpersonen	27.25	27.39						27.39		27.39		27.39		27.39	
1730.7100	- Kantonsschule Rotkreuz:															
	• Administration	0.20	8.80						8.80		8.80		8.80		8.80	
	• Lehrpersonen	2.39	24.00			-6.00	8.50		26.50		26.50		26.50		26.50	-6.00 interne Verschiebung (Lehrpersonal) +8.50 Lehrpersonen
1740	Amt für gemeindliche Schulen	28.70	31.10	0.60		0.10			31.80		31.80		31.80		31.80	
1740.0300	- Amtsleitung	3.15	3.45	0.60					4.05		4.05		4.05		4.05	+0.60 Wissenschaftl. MA Übertrittsverfahren
1740.1100	- Schulentwicklung	2.40	2.50						2.50		2.50		2.50		2.50	
1740.2100	- Schulaufsicht	2.45	2.15						2.15		2.15		2.15		2.15	
1740.3100	- Schulpsychologischer Dienst	11.75	12.55			0.05			12.60		12.60		12.60		12.60	+0.05 Abteilungsltg Schulpsychol. Dienst
1740.4100	- Externe Schulevaluation	4.05	4.75						4.75		4.75		4.75		4.75	2031: -0.70 Schulevaluation befr. von BU25
1740.5100	- Didaktisches Zentrum	2.00	2.00						2.00		2.00		2.00		2.00	
1740.5110	- Lehrmittelzentrale	0.75	0.75			0.05			0.80		0.80		0.80		0.80	+0.05 Ltg Lehrmittelzentrale
1740.6100	- Sonderpädagogik	2.15	2.95						2.95		2.95		2.95		2.95	

Amts-Nr./KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.24	Budget 2025	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2025	Budget 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Ände- rung 2029	Plan 2029	Kommentare
1777	Amt für Berufsberatung	13.10	13.60	1.20					14.80		14.80		14.80		14.80	
1777.0300	- Leitung, Administration	2.60	2.70						2.70		2.70		2.70		2.70	
1777.0310	- Beratung	6.75	7.15	1.20					8.35		8.35		8.35		8.35	+0.40 Berufs-/Laufbahnberatung +0.70 Berufs-/Laufbahnberatung +0.10 Berufs-/Laufbahnberatung
1777.0320	- Berufsinfo, Dokumentation	2.25	2.25						2.25		2.25		2.25		2.25	
1777.0330	- Stipendien	1.50	1.50						1.50		1.50		1.50		1.50	
1790	Amt für Kultur	6.15	6.35			0.80			7.15		7.15		7.15		7.15	
1790.1100	- Amt für Kultur	2.00	2.20						2.20		2.20		2.20		2.20	
1790.4100	- Museum für Urgeschichte	4.15	4.15			0.80			4.95		4.95		4.95		4.95	+0.40 Museumspädagogik +0.10 Sachbearbeitung +0.30 Wissenschaftl. MA
20	Volkswirtschaftsdirektion	349.71	365.82	4.30	0.00	0.00	2.35	-1.40	371.07	0.00	371.07	0.00	371.07	0.00	371.07	
2000	Direktionssekretariat	6.30	6.25						6.25		6.25		6.25		6.25	
2011	Amt für Berufsbildung	11.20	11.20	0.60					11.80		11.80		11.80		11.80	+0.60 Sb Qualifikationsverfahren
2012	Amt für Brückenangebote:	25.20	25.30				1.00		26.30		26.30		26.30		26.30	
2012.0310	- Administration	1.80	1.85						1.85		1.85		1.85		1.85	
	- Lehrpersonen	23.40	23.45				1.00		24.45		24.45		24.45		24.45	
2012.0300	- Amts- und Angebotsleitende	2.15	2.15						2.15		2.15		2.15		2.15	
2012.0320	- Lehrpersonen, Lernberatende	21.25	21.30				1.00		22.30		22.30		22.30		22.30	+1.00 Lehrpersonen
2013	GIBZ:	131.63	133.95						133.95		133.95		133.95		133.95	
	- Administration	26.20	27.50						27.50		27.50		27.50		27.50	
2013.0110	- Gebäude- und Hausdienst	14.70	15.40						15.40		15.40		15.40		15.40	
2013.0120	- Informatik	1.00	1.00						1.00		1.00		1.00		1.00	
2013.0130	- Mediathek	1.80	1.80						1.80		1.80		1.80		1.80	
2013.0300	- Leitung, Administration	8.70	9.30						9.30		9.30		9.30		9.30	
2013.0305	- Lehrpersonen	105.43	106.45						106.45		106.45		106.45		106.45	
2015	LBBZ:	18.76	19.00				1.35		20.35		20.35		20.35		20.35	
	- Administration	10.05	10.15						10.15		10.15		10.15		10.15	
2015.0110	- Facility Management (Gebäude)	1.80	1.80						1.80		1.80		1.80		1.80	
2015.0300	- Administration	2.05	2.15						2.15		2.15		2.15		2.15	
2015.0325	- Küche	2.00	2.00						2.00		2.00		2.00		2.00	
2015.5100	- Schulgutsbetrieb	4.20	4.20						4.20		4.20		4.20		4.20	
2015.0310	- Lehrpersonen	8.71	8.85				1.35		10.20		10.20		10.20		10.20	+1.35 Lehrpersonal (Umwandlungen)
2019	KBZ:	75.02	72.42					-1.40	71.02		71.02		71.02		71.02	
	- Administration	12.50	12.60						12.60		12.60		12.60		12.60	
2019.0110	- Gebäude- und Hausdienst	5.90	5.90						5.90		5.90		5.90		5.90	
2019.0210	- Zentrale Dienste	2.90	1.90						1.90		1.90		1.90		1.90	
2019.0310	- Grundbildung	1.60	1.60						1.60		1.60		1.60		1.60	
2019.0320	- Allgem. Weiterbildung	2.10	3.20						3.20		3.20		3.20		3.20	
	- Lehrpersonen (.0310 Grundbildung + .0320 Weiterb.)	62.52	59.82					-1.40	58.42		58.42		58.42		58.42	-1.40 GB-Reformen, Proj. 2021-2026

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.24	Budget 2025	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2025	Budget 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Ände- rung 2029	Plan 2029	Kommentare
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	15.70	15.75						15.75		15.75		15.75		15.75	
2031.0300	Arbeitslosenkasse	23.75	24.30						24.30		24.30		24.30		24.30	
2050	Landwirtschaftsamt	5.75	5.75						5.75		5.75		5.75		5.75	
2072	Handelsregister- und Konkursamt	36.40	51.90	3.70					55.60		55.60		55.60		55.60	
2072.0900	- Handelsregisteramt	20.35	24.20	3.70					27.90		27.90		27.90		27.90	+1.00 Jurist. MA +1.00 Sb im HRA +1.70 Sb im HRA
2072.0910	- Konkursamt	16.05	27.70						27.70		27.70		27.70		27.70	
30	Baudirektion	171.85	180.80	2.90	1.40	0.00	0.00	-0.90	184.20	0.00	184.20	0.00	184.20	0.00	184.20	
3000.0300	Direktionssekretariat	14.10	14.45	0.70					15.15		15.15		15.15		15.15	+0.70 Jurist. MA
3020	Tiefbauamt	63.95	68.75						68.75		68.75		68.75		68.75	
3020.0300	- Tiefbauamt	27.65	30.85						30.85		30.85		30.85		30.85	
3020.0310	- Strassenunterhalt	36.30	37.90						37.90		37.90		37.90		37.90	
3050.0300	Amt für Umwelt	22.10	23.50	0.30	1.40			-0.90	24.30		24.30		24.30		24.30	-0.60 Fachp. Altlasten befristet von BU20 -0.30 PL NIS befristet von BU20 +0.30 PL Vollzug NISV (Luft) +0.80 PL Altlasten +0.60 PL Neobiota
3060.0300	Hochbauamt	51.85	52.35	1.70					54.05		54.05		54.05		54.05	+0.40 PL CAFM +0.50 PL Sicherheitstechnik +0.80 MA DLZ/Postdienst
3081.0300	Amt für Raum und Verkehr	19.85	21.75	0.20					21.95		21.95		21.95		21.95	+0.20 PL Naturschutz
35	Sicherheitsdirektion	476.11	478.30	8.00	2.50	5.60	0.00	0.00	494.40	0.00	494.40	0.00	494.40	-4.50	489.90	
3500	Direktionssekretariat	8.85	11.55						11.55		11.55		11.55		11.55	
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	19.60	21.60	1.00		0.00			22.60		22.60		22.60		22.60	
3540.0900	- Amtsleitung ABZM	2.50	2.50						2.50		2.50		2.50		2.50	
3540.0910	- Militärverwaltung	4.60	4.60						4.60		4.60		4.60		4.60	
3540.0920	- Zivilschutzverwaltung (bis 2025)	2.00	3.00			-3.00			0.00		0.00		0.00		0.00	-3.00 interne Verschiebung (Auflösung KST)
3540.0940	- Zivilschutzorganisation	9.50	10.50						10.50		10.50		10.50		10.50	
3540.0950	- Bevölkerungsschutz (ehem. Stabstelle)	1.00	1.00	1.00		3.00			5.00		5.00		5.00		5.00	+3.00 interne Verschiebung +1.00 Fachp. Bevölkerungsschutz
3581	Strassenverkehrsamt	47.10	46.60	0.70	2.50				49.80		49.80		49.80	-2.50	47.30	
3581.0300	- Führung	2.50	1.50	0.70					2.20		2.20		2.20		2.20	+0.70 Support Stab Amtsleitung
3581.0310	- Prüfung	17.60	17.60						17.60		17.60		17.60		17.60	
3581.0320	- Zulassung	16.80	16.90		1.50				18.40		18.40		18.40	-1.50	16.90	+1.00 Sb Zulassungen befristet -2028 +0.50 Sb Zulassungen befristet -2028 2029: -1.00 Sb Zulassungen befr. von BU26 2029: -0.50 Sb Zulassungen befr. von BU26
3581.0330	- Zentrale Dienste	4.70	5.20		1.00				6.20		6.20		6.20	-1.00	5.20	+1.00 Sb Rech/wesen/IT befristet -2028 2029: -1.00 Sb Rech/wesen/IT befr. von BU26
3581.0340	- Recht	5.50	5.40						5.40		5.40		5.40		5.40	

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.24	Budget 2025	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2025	Budget 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Ände- rung 2029	Plan 2029	Kommentare
3590.0900	Zuger Polizei	355.06	353.05	3.00		5.60			361.65		361.65		361.65	-2.00	359.65	+0.50 PL Infra und Logistik +2.50 Sb Bürgernahe Polizeiarbeit +2.00 Sb Dienst Intervention und Aktion DIA +1.00 Chef/in ELZ Gotthard befristet -2029 +1.60 Sb Dienst Polizeiassistentz +1.00 Sb Instruktion IPH 2029: -0.50 Informatiker/in befr. von BU25 -1.00 Qualitätsmgmt befr. von BU25 -0.50 Sb ELZ befristet von BU25 2030: -1.00 Chef/in ELZ befristet von BU26
3592	Amt für Migration	23.60	23.60						23.60		23.60		23.60		23.60	
3596	Amt für Justizvollzug	21.90	21.90	3.30					25.20		25.20		25.20		25.20	
3596.0900	- Strafanstalt	17.80	18.00	3.30					21.30		21.30		21.30		21.30	+1.50 Fachp. Justizvollzug +0.30 Pflegefachp. Gesundheitsdienst +1.50 Fallverantwortung
3596.0910	- Vollzugs- und Bewährungsdienst	4.10	3.90						3.90		3.90		3.90		3.90	
40	Gesundheitsdirektion	105.60	109.10	1.50	0.00	0.50	0.00	0.00	111.10	-0.80	110.30	-1.60	108.70	0.00	108.70	
4000	Direktionssekretariat	12.75	14.00	0.50					14.50		14.50		14.50		14.50	+0.50 Informatik-Beauftragte/r
4005	Amt für Verbraucherschutz	20.75	23.55						23.55		23.55		23.55		23.55	
4005.0300	- Leitung	2.65	2.50						2.50		2.50		2.50		2.50	
4005.0310	- Inspektion	5.30	6.40						6.40		6.40		6.40		6.40	2030: -1.00 Techn. Sb befristet von BU25
4005.0320	- Untersuchungen	8.95	10.95						10.95		10.95		10.95		10.95	2032: -1.80 Techn. Sb Labor befr. von BU25
4005.0330	- Veterinärdienst	2.85	2.70						2.70		2.70		2.70		2.70	
4005.0340	- Eichstelle	1.00	1.00						1.00		1.00		1.00		1.00	
4021.0300	Rettungsdienst Zug	43.65	45.20			0.50			45.70		45.70		45.70		45.70	+0.50 Sb Debitoren
4050.0300	Amt für Gesundheit	19.95	18.25	1.00					19.25		19.25	-1.60	17.65		17.65	+1.00 Kantonsarzt adjoint befristet -2027 2028: -0.60 Fachp. Psych. Erkr. befr. v BU25 -1.00 Kantonsarzt adjoint befr. V BU26
4051.0300	Amt für Sport und Gesundheitsförderung	8.50	8.10						8.10	-0.80	7.30		7.30		7.30	2027: -0.80 PL Infrastruktur befr. von BU23
50	Finanzdirektion	243.40	264.25	3.15	0.00	0.00	0.00	0.00	267.40	22.00	289.40	23.00	312.40	23.00	335.40	
5000	Direktionssekretariat	8.05	8.20	1.15					9.35		9.35		9.35		9.35	+1.00 Jurist. MA +0.15 Sb Sekretariat
5001	Finanzkontrolle	4.00	4.00	1.00					5.00		5.00		5.00		5.00	+1.00 Revisor/in
5010	Personalamt	12.25	14.30	1.00					15.30		15.30		15.30		15.30	+1.00 Fachspez. BGM
5011	Allgemeiner Personalaufwand	9.25	15.30						15.30	22.00	37.30	23.00	60.30	23.00	83.30	Entwicklung Personalstellen der Verwaltung ausgehend vom Budgetwert 2026 (vor BU-WS, auf ganze Stelle aufgerundet) 2027: +1 % von 2178.25 = 22.00 2028: +1 % von 2200.25 = 23.00 2029: +1 % von 2223.25 = 23.00

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.24	Budget 2025	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2025	Budget 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Ände- rung 2029	Plan 2029	Kommentare
5020	Finanzverwaltung	8.20	8.20						8.20		8.20		8.20		8.20	
5050	Amt für Informatik und Organisation	68.00	79.20						79.20		79.20		79.20		79.20	
5050.0300	- Leitung	5.70	8.00						8.00		8.00		8.00		8.00	
5050.0301	- Informationssicherheit	3.00	1.80						1.80		1.80		1.80		1.80	
5050.0302	- Management Services	5.70	6.70						6.70		6.70		6.70		6.70	
5050.0304	- Operation	6.10	3.10						3.10		3.10		3.10		3.10	
5050.0305	- Operation Application Management	9.30	11.60						11.60		11.60		11.60		11.60	
5050.0306	- Infrastructure Management	4.60	1.00						1.00		1.00		1.00		1.00	
5050.0307	- Security Operations Center	0.80	1.00						1.00		1.00		1.00		1.00	
5050.0309	- Operation Network Communic. Security	2.60	6.15						6.15		6.15		6.15		6.15	
5050.0310	- Operation IT-Infrastruktur Management	3.90	8.40						8.40		8.40		8.40		8.40	
5050.0315	- Operation Support	8.00	9.10						9.10		9.10		9.10		9.10	
5050.0317	- Services Consulting	3.80	3.65						3.65		3.65		3.65		3.65	
5050.0320	- Projektmanagement	8.20	8.60						8.60		8.60		8.60		8.60	
5050.0330	- Digital Zug	5.30	8.10						8.10		8.10		8.10		8.10	
5051.0311	- Telefonie	1.00	2.00						2.00		2.00		2.00		2.00	
5060.0300	Steuerverwaltung	133.65	135.05						135.05		135.05		135.05		135.05	
	Total Kantonale Verwaltung	1968.75	2124.65	31.65	5.10	7.00	10.85	-3.10	2176.15	20.70	2196.85	-32.15	2164.70	14.10	2178.80	51.50 Wachstum mit OMB/DATS, abzügl. "auslaufende Befristungen"
	Total ohne OMB/DATS (1128/1129), inkl. "auslaufende Befristungen"	1964.80	2120.50	31.65	5.10	7.00	10.85		2175.10	20.70	2192.70	-32.15	2160.55	14.10	2174.65	54.60 Wachstum im Budgetjahr
61	Richterliche Behörden	118.20	121.50	0.00	1.30	0.00	0.00	0.00	122.80	0.00	122.80	0.00	122.80	0.00	122.80	
6111	- Obergericht: Richter/innen	19.70	20.90						20.90		20.90		20.90		20.90	
6101	- Kantonsgericht	9.00	10.40						10.40		10.40		10.40		10.40	
6106	- Strafgericht	5.00	4.70						4.70		4.70		4.70		4.70	
6111	- Obergericht	5.70	5.80						5.80		5.80		5.80		5.80	
6181	- Verwaltungsgericht: Richter/innen	3.00	3.50						3.50		3.50		3.50		3.50	
6111	- Obergericht: Angestellte	86.40	87.70						87.70		87.70		87.70		87.70	
6101	- Kantonsgericht	20.90	19.90						19.90		19.90		19.90		19.90	
6106	- Strafgericht	6.20	6.20						6.20		6.20		6.20		6.20	
6111	- Obergericht	16.60	15.80						15.80		15.80		15.80		15.80	
6141	- Staatsanwaltschaft	42.70	45.80						45.80		45.80		45.80		45.80	
6181	- Verwaltungsgericht: Angestellte	8.30	8.20		0.30				8.50		8.50		8.50		8.50	+0.30 Gerichtsschreib.
6183	- Schätzungskommission (Sekretariat)	0.80	1.20		1.00				2.20		2.20		2.20		2.20	+1.00 Gerichtsschreib. (Budgetnachtrag)
	Total Kant. Verwaltung inklusive Richterliche Behörden	2086.95	2246.15	31.65	6.40	7.00	10.85	-3.10	2298.95	20.70	2319.65	-32.15	2287.50	14.10	2301.60	



Finanzstatus Übersicht

Zeitraum: 11. September 2024 bis 16. September 2025

1. Erfolgsrechnung (in 1'000 Franken)			
		+ Mehraufwand / - Minderaufwand	
Jahr	Aufwand gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Aufwand	Aufwand aktualisiert
2025	2'025'297	-439	2'024'858
2026	2'226'702	323'911	2'550'613
2027	2'386'148	371'010	2'757'158
2028	2'332'012	151'535	2'483'547
		+ Mehrertrag / - Minderertrag	
Jahr	Ertrag gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Ertrag	Ertrag aktualisiert
2025	2'256'634	117	2'256'751
2026	2'282'504	-1'599	2'280'905
2027	2'362'664	-1'637	2'361'027
2028	2'457'128	-1'607	2'455'521
		+ Ergebnisverbesserung / - Ergebnisverschlechterung	
Jahr	Ergebnis gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Total	Ergebnis aktualisiert
2025	231'337	556	231'893
2026	55'802	-325'510	-269'708
2027	-23'484	-372'647	-396'131
2028	125'116	-153'142	-28'026

2. Investitionsrechnung (in 1'000 Franken)			
		+ Mehrausgaben / - Minderausgaben	
Jahr	Nettoinvestitionen gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Nettoinvestitionen	Nettoinvestitionen aktualisiert
2025	213'033	8'859	221'892
2026	215'765	4'840	220'605
2027	218'157	2'601	220'758
2028	234'542	2'241	236'783

3. Finanzrechnung (in 1'000 Franken)					
Jahr	Ergebnis ER (A)	Selbst- finanzierung (B)	Netto- investitionen (C)	Finanzierungs- fehlbetrag (B-C)	Selbst- finanzierungs- grad (B/C)
2025	231'337	317'200	213'033	104'167	148.9%
aktualisiert	231'893	317'756	221'892	95'864	143.2%
2026	55'802	147'400	215'765	-68'365	68.3%
aktualisiert	-269'708	-178'110	220'605	-398'715	-80.7%
2027	-23'484	75'000	218'157	-143'157	34.4%
aktualisiert	-396'131	-297'647	220'758	-518'405	-134.8%
2028	125'116	213'900	234'542	-20'642	91.2%
aktualisiert	-28'026	60'758	236'783	-176'025	25.7%

Beilage 3**Liste der Aufforderungen**

Der Regierungsrat wird aufgefordert,

- a) die Listen «Stellenbegehren» und «Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden» in eine Liste zusammenzuführen und die Umwandlung von Stellen separat auszuweisen und nicht als erfolgsneutral zu bezeichnen.
- b) die aktuell laufenden Leistungsvereinbarungen bei der Verlängerung beziehungsweise bis spätestens 2027 vor dem Hintergrund der aktuellen gesetzlichen Vorgaben zu überprüfen. Allfällig festgestellter Änderungsbedarf ist aufgrund einer Risikoeinschätzung spätestens im Kontext der Erneuerung und/oder Verlängerung der jeweiligen Leistungsvereinbarung aufzunehmen und mit dem Leistungserbringer zu vereinbaren.
- c) sicherzustellen, dass die Qualität im Finanzplan – insbesondere bei der Entwicklung der neuen Stellen – weiter erhöht wird.
- d) seinen Beitrag zu leisten, um eine konstruktive Zusammenarbeit sowie effiziente Prozesse mit der Datenschutzstelle sicherzustellen. Die Zusammenarbeit zwischen der Datenschutzstelle und der Regierung muss sachlich erfolgen und einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen bringen. In Zusammenarbeit mit der Justizprüfungskommission (JPK) soll sich der Regierungsrat beratend in die Vorbereitung der Wahl der Datenschutzstelle für die kommende Amtsperiode 2026–2030 einbringen.
- e) zu prüfen, wie beim Handelsregister gegen eine zusätzliche Expressgebühr für dringende Geschäfte ein schnellerer Zugang zu den Dienstleistungen angeboten werden kann.

Die Direktion des Innern wird aufgefordert,

- a) im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz mit den zur Verfügung gestellten Personalressourcen schnellstmöglich Ordnung zu schaffen und die zurückgestellten Gefährdungsmeldungen abzuarbeiten. Die externe Analyse gilt es ab Vorliegen des Berichts sofort mit den vorgeschlagenen Lösungsansätzen umzusetzen. Es wird auf das nächste Budget 2027 erwartet, dass eine Stabilisierung im Amt eintritt und keine weiteren Stellenanträge mehr gestellt werden.

Beilage 4**Ablauf bei Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget**

Die untenstehende Matrix zeigt die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten bei der Genehmigung bzw. Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget auf:

	Globalbudget beschlossen	Globalbudget gekürzt oder erhöht	Globalbudget nicht beschlossen
Leistungsauftrag genehmigt	1 Globalbudget und Leistungsauftrag sind verabschiedet	2 RR kann, sofern nötig, einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten	3 RR legt neues Globalbudget vor und kann, sofern nötig, einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten
Leistungsauftrag nicht genehmigt	4 ausgeschlossen (nach § 32 FHG ist ein Leistungsauftrag Voraussetzung für ein Globalbudget)	5 ausgeschlossen (nach § 32 FHG ist ein Leistungsauftrag Voraussetzung für ein Globalbudget)	6 RR legt revidierten Leistungsauftrag samt neuem Globalbudget vor

Bei einer allfälligen Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget kommt die Regelung von § 7 Abs. 6 des Organisationsgesetzes vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1) zum Tragen:

zu Fall 2: Ändert der Kantonsrat das Globalbudget, so kann der Regierungsrat, sofern er dies als notwendig erachtet, aufgrund des beschlossenen Globalbudgets dem Kantonsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten.

zu Fall 3: Dies gilt analog auch dann, wenn der Kantonsrat zwar den Leistungsauftrag genehmigt, dem Globalbudget aber die Genehmigung verweigert.

zu Fall 6: Verweigert der Kantonsrat die Genehmigung eines Leistungsauftrages, so legt der Regierungsrat dem Kantonsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag samt entsprechendem Globalbudget vor.